

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend Abbau von klimaschädlichen Subventionen statt Wiedereinführung des Agrardiesels

eingbracht im Zuge der Debatte in der 129. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Budgetausschusses über TOP 4: Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) (1157 d.B.) samt Anlagen – UG 43

Im Budget 2022 finden sich nach wie vor klimaschädliche Subventionen im Ausmaß von mehreren Milliarden Euro. Diese Begünstigungen werden regelmäßig von Wirtschaftsforschungsinstituten kritisiert. Weder im Zuge der Steuerreform noch bei der Budgeterstellung hat man sich seitens der Regierung dieser Frage gewidmet. Stattdessen wurde eine CO₂-Steuer eingeführt, die kaum einen Lenkungseffekt hat. Mieter sollen – obwohl sie keinen Einfluss auf das Heizsystem haben – auf ohnehin steigende Heizkosten zusätzlichen CO₂-Aufschlag zahlen. Eine Mindestpensionistin in Wien-Ottakring erhält einen wesentlich geringeren Ökobonus als Ausgleichszahlung als eine Mindestpensionistin in Horn und das obwohl beide durchaus in ähnlich großen Wohnungen mit demselben Heizsystem leben könnten. Alleine an diesem Beispiel zeigt sich: Diese Steuerreform ist weder ökologisch noch sozial. Die großen Privilegien im Bereich der Besteuerung von Treibstoffen etwa bei der Schifffahrt, im Flugverkehr oder beim LKW-Tanktourismus (Dieselprivileg) bleiben gleichzeitig völlig unangetastet. Das Pendlerpauschale fördert in erster Linie HocheinkommensbezieherInnen im Wiener Speckgürtel. Kleine und mittlere Einkommen erhalten – trotz der exakt selben Wegstrecke – noch immer ein geringeres Pendlerpauschale als Spitzeneinkommen. Ein weiteres Beispiel dafür, wo die Regierung konsequent nicht hinschaut.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die milliardenschweren klimaschädlichen Subventionen im Budget (wie zum Beispiel im Bereich von Treibstoffen bei Schifffahrt, im Flugverkehr oder beim LKW-Tanktourismus, Dieselprivileg) sofort abzubauen, statt neue klimafeindliche Begünstigungen – wie die Wiedereinführung des Agrardiesels – zu schaffen. Gleichzeitig soll das Pendlerpauschale auf einen gerechten, sozial-ökologischen Absetzbetrag umgestellt werden, sodass kleine und mittlere Einkommen in Zukunft nicht weniger Steuerersparnis als SpitzeneinkommensbezieherInnen erhalten.“

Stöckl
[Stöckl]

A. Herr
(HEINRICH-HOSEN)

www.parlament.gv.at

CHERR
(A. KUNZ)

